

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII
Kapitel 1 Grundlagen der UVgO	1
A. Was ist die UVgO?	1
I. Begriff und zentrale Prinzipien der UVgO	1
II. Entstehung der UVgO	2
III. Ersatz der VOL/A	5
IV. Zielsetzung der UVgO	6
V. Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Rolle der UVgO	7
VI. Digitalisierung der Unterschwellenvergabe	9
VII. Struktur der UVgO	10
VIII. Herausforderungen im Umgang mit der UVgO	10
IX. Fazit und Ausblick	11
B. Rechtsgrundlagen und Anwendungsbereich	13
I. Allgemeines.	13
II. Rechtsnatur.	13
III. Rechtsgrundlagen und Anwendung in den Bundesländern.	14
IV. Sachlicher Anwendungsbereich.	19
1. Öffentliche Liefer- und Dienstleistungsaufträge	19
2. Rahmenvereinbarungen	21
3. Schwellenwerte.	21
4. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich.	24
5. Rückausnahme vom sachlichen Anwendungsbereich	25
V. Personale Anwendungsbereich	26
C. Unterschied zu anderen Rechtsvorschriften	28
I. Allgemeines.	28
II. Unterschied zum Haushaltsrecht.	28
III. Unterschied zum Preisrecht.	29
IV. Wesentliche Unterschiede zu Vergabevorschriften für Liefer- und Dienstleistungen im Oberschwellenbereich.	30
V. Wesentliche Unterschiede zu Vergabevorschriften für Bauleistungen.	34
VI. Wesentliche Unterschiede zur Sektorenvergabe	38
VII. Wesentliche Unterschiede zur Vergabe von Leistungen auf dem Gebiet der Verteidigung und Sicherheit	39
VIII. Wesentliche Unterschiede zur Konzessionsvergabe	40
Kapitel 2 Verfahrensarten nach der UVgO im Überblick	42
A. Öffentliche Ausschreibung	43
I. Allgemeines.	43
II. Zulässigkeit des Verfahrens	44
III. Ablauf der Öffentlichen Ausschreibung.	44
	VII

Inhaltsverzeichnis

IV.	Vorteile der Öffentlichen Ausschreibung.....	50
V.	Herausforderungen der Öffentlichen Ausschreibung.....	50
B.	Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb.....	51
I.	Allgemeines.....	51
II.	Zulässigkeit des Verfahrens.....	52
III.	Ablauf der Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb.....	52
IV.	Vorteile der Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb.....	59
V.	Herausforderungen der Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb.....	60
C.	Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb.....	61
I.	Allgemeines.....	61
II.	Zulässigkeit des Verfahrens.....	62
1.	Kein wirtschaftliches Ergebnis.....	62
2.	Unverhältnismäßiger Aufwand.....	64
3.	Sonstige Anwendungsfälle.....	65
III.	Ablauf der Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb.....	66
IV.	Vorteile der Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb.....	72
V.	Herausforderungen der Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb.....	73
D.	Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb.....	74
I.	Allgemeines.....	74
II.	Zulässigkeit des Verfahrens.....	75
1.	Kein wirtschaftliches Ergebnis, § 8 Abs. 4 Nr. 4 UVgO.....	76
2.	Unverhältnismäßiger Aufwand, § 8 Abs. 4 Nr. 8 UVgO.....	76
3.	Besondere Dringlichkeit, § 8 Abs. 4 Nr. 9 UVgO.....	77
4.	Auftrag nur von einem bestimmten Unternehmen durchführbar, § 8 Abs. 4 Nr. 10 UVgO.....	80
5.	Vorteilhafte Gelegenheit, § 8 Abs. 4 Nr. 14 UVgO.....	81
6.	Sonstige Anwendungsfälle.....	81
III.	Ablauf der Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb.....	82
IV.	Vorteile der Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb.....	88
V.	Herausforderungen der Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb ..	89
E.	Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb.....	90
I.	Allgemeines.....	90
II.	Zulässigkeit des Verfahrens.....	90
III.	Ablauf der Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb.....	91
IV.	Vorteile der Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb.....	95
V.	Herausforderungen der Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb	96
F.	Direktauftrag.....	96
I.	Allgemeines.....	96
II.	Zulässigkeit des Direktauftrags.....	97
1.	Voraussichtlicher Auftragswert bis 1.000 € ohne Umsatzsteuer.....	97
2.	Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.....	98
III.	Ablauf des Direktauftrags.....	99
IV.	Vorteile des Direktauftrags.....	100
V.	Herausforderungen des Direktauftrags.....	101

Kapitel 3 Vorbereitungsphase – die richtige Ausschreibung	102
A. Aufgaben der Beteiligten	105
I. Die Fachabteilung als Ausgangspunkt	105
1. Allgemeines	105
2. Die Bedarfsermittlung und Rahmenbedingungen	105
3. Die Vergabeunterlagen	106
4. Kommunikation	108
5. Risiken	109
6. Best Practice	109
7. Fazit	110
II. Rolle der Vergabestelle	111
1. Allgemeines	111
2. Zentrale Koordinationsinstanz	111
3. Unterstützung bei Erstellung der Vergabeunterlagen	112
4. Prüfung der Vergabeunterlagen	112
5. Wahl der Vergabeart	113
6. Dokumentation	113
7. Fristensetzung und Auftragsbekanntmachung	114
8. Risikomanagement und Konfliktlösung	114
9. Keine Verantwortungsabgabe möglich	115
10. Risiken	116
11. Best Practice	117
12. Fazit	119
III. Einbeziehung der Rechtsabteilung	119
1. Allgemeines	119
2. Typische Aufgaben der Rechtsabteilung in der Vorbereitungsphase	119
3. Vorteile der (frühzeitigen) Einbeziehung	120
4. Risiken bei fehlender oder später Einbeziehung der Rechtsabteilung	121
5. Best Practice	122
6. Fazit	123
B. Wichtige Schritte in der Ausschreibung	124
I. Bedarfsermittlung und Formulierung des Leistungsumfangs	124
1. Allgemeines	124
2. Die Bedarfsermittlung und Leistungsbestimmung	124
3. Mögliche Markterkundung	125
4. Die Leistungsbeschreibung	126
II. Auswahl der Vergabeart	136
1. Allgemeines	136
2. Allgemeine Kriterien für die Verfahrenswahl	136
3. Vergleich der Vergabearten	138
4. Typische Fehler bei der Verfahrenswahl	143
5. Best Practices	144
III. Erstellung der Vergabeunterlagen	145
1. Allgemeines	145
2. Bestandteile der Vergabeunterlagen	146

Inhaltsverzeichnis

3.	Formblätter	159
IV.	Zulässige Eignungs- und Zuschlagskriterien	159
1.	Allgemeines	159
2.	Gestaltung der Eignungskriterien	160
3.	Gestaltung der Zuschlagskriterien	174
4.	Änderung von Eignungs- und Zuschlagskriterien	185
C.	Risiken und Chancen	186
I.	Unklare Anforderungen und Fehlinterpretationsfallen für Bieter.	186
1.	Allgemeines	186
2.	Risiken	186
3.	Typische Fehlinterpretationsfallen	187
4.	Maßnahmen zur Vermeidung von Risiken	189
5.	Chancen durch klare Anforderungen	190
II.	Wirtschaftliche Chancen durch klare und faire Ausschreibungs- bedingungen	191
1.	Allgemeines	191
2.	Förderung des Wettbewerbs	191
3.	Verbesserung der Angebotsqualität	192
4.	Reduktion von Kosten und Verzögerungen	192
5.	Stärkung der nachhaltigen Beschaffung	193
6.	Förderung von Innovation und Qualität	193
D.	Anhang: Checkliste: Erstellen der Ausschreibungsunterlagen	194
 Kapitel 4 Bekanntmachung der Vergabe		197
A.	Wichtige Aspekte der Bekanntmachung	197
I.	Anforderungen an die Bekanntmachung	197
1.	Allgemeines	197
2.	Form der Auftragsbekanntmachung	198
3.	Anforderungen der Auftragsbekanntmachung	201
4.	Beschafferprofil	215
5.	Individuelle Hinweise auf eine Auftragsbekanntmachung	216
6.	Wirkung der Auftragsbekanntmachung	217
7.	Korrektur und Aufhebung der Auftragsbekanntmachung	218
II.	Umgang mit Fristverlängerungen	218
1.	Allgemeines	218
2.	Rahmenbedingungen für Fristverlängerungen	219
3.	Typische Gründe für Fristverlängerungen	221
4.	Anforderungen an die Kommunikation	222
5.	Typische Risiken	222
B.	Risiken und Chancen	223
I.	Typische Fehler bei der Bekanntmachung	223
1.	Allgemeines	223
2.	Typische Fehler	223
3.	Fazit	226

II.	Chancen durch frühzeitige und vollständige Bekanntmachung.	226
1.	Allgemeines	226
2.	Vorteile durch frühzeitige Bekanntmachung.	227
3.	Vorteile durch vollständige Bekanntmachung.	228
Kapitel 5 Teilnahme- und Angebotsphase		230
A.	Prüfung der Teilnahme- und Angebotsunterlagen und Abgabe durch Bewerber bzw. Bieter	231
I.	Allgemeines.	231
II.	Ausgangspunkt des Teilnahme- und des Angebotswettbewerbes	232
III.	Allgemeine Formvorgabe für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten	232
IV.	Ausnahmen von der Formvorgabe für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten	234
V.	Verschärfte Formvorgaben für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten	235
VI.	Angabe von gewerblichen Schutzrechten.	236
VII.	Angabe zu Bewerber- oder Bietergemeinschaften	237
VIII.	Zurückziehen von Angeboten	239
IX.	Best Practices für Bewerber und Bieter	240
1.	Nutzung der richtigen Plattform	240
2.	Klares Verständnis über den Unterschied von Teilnahmeantrag und Angebot und Verständnis über Anforderungen.	240
3.	Kein Verlassen auf Nachreichungsmöglichkeiten	241
4.	Richtig mit Eigenerklärungen und Nachweisen umgehen	241
5.	Fristwahrung	242
6.	Nebenangebote und alternative Vorschläge: Nur mit Freigabe	242
7.	Rückfragen, Unklarheiten und Änderungen – aktiv bleiben!	243
8.	Strategische Fragen: Mitbieten oder nicht?	243
X.	Fazit	243
B.	Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote – Prüfung auf formale Kriterien ...	244
I.	Fristwahrung, Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote	244
1.	Allgemeines	244
2.	Fristberechnung	245
3.	Eingang der Teilnahmeanträge und Angebote	247
4.	Äußerliche Kontrolle der Teilnahmeanträge und Angebote.	248
5.	Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote	248
II.	Prüfung in Bezug auf die Ausschreibung.	251
1.	Allgemeines	251
2.	Prüfung der Teilnahmeanträge und Angebote auf Vollständigkeit.	251
3.	Prüfung der Teilnahmeanträge und Angebote auf fachliche Richtigkeit	252
4.	Prüfung der Angebote auf rechnerische Richtigkeit	253
5.	Prüfung der Unterlagen von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften ...	254
6.	Bewerber- und Bieterfragen	255
7.	Nachforderung von Unterlagen	255

Inhaltsverzeichnis

8.	Wahrung der Vertraulichkeit	265
III.	Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten	266
1.	Allgemeines	266
2.	Ausschluss auf erster Wertungsstufe	267
3.	Ausschluss auf zweiter Wertungsstufe	274
4.	Ausschluss von Bewerbern wegen Begrenzung der Anzahl	280
5.	Ausschluss von vorbefassten Unternehmen	281
6.	Ausschluss einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft	283
C.	Anhang	283
I.	Checkliste: Formale Teilnahmeprüfung	283
II.	Checkliste: Formale Angebotsprüfung	285
 Kapitel 6 Wertungsphase		287
A.	Angemessenheit der Preise	288
I.	Allgemeines	288
II.	Preisauflärung	288
III.	Durchführung der Aufklärung und Prüfungsumfang	290
1.	Wirtschaftlichkeit des Fertigungsverfahrens einer Lieferleistung oder der Erbringung der Dienstleistung	291
2.	Gewählte technische Lösungen oder außergewöhnlich günstige Bedingungen, über die das Unternehmen bei der Lieferung der Waren oder bei der Erbringung der Dienstleistung verfügt	291
3.	Besonderheiten der angebotenen Leistung	292
4.	Einhaltungen der Verpflichtungen nach § 128 GWB	292
5.	Die etwaige Gewährung einer staatlichen Beihilfe an das Unterneh- men	292
IV.	Ausschluss wegen eines ungewöhnlich niedrigen Angebots	293
V.	Ausschluss wegen unzulässiger Preisvorteile	294
B.	Bewertungsmethoden	295
I.	Niedrigster Preis/niedrigste Kosten	295
II.	Wertung nach Quotienten	296
1.	Allgemeines	296
2.	Einfache Richtwertmethode	296
3.	Erweiterte Richtwertmethode	298
4.	Gewichtete Richtwertmethode	300
III.	Wertung nach Punkten	303
1.	Allgemeines	303
2.	Einseitige lineare Interpolation	304
3.	Preisquotientenmethode	305
C.	Risiken und Chancen	308
I.	Gefahr der Fehleinschätzung bei Bewertung	308
1.	Allgemeines	308
2.	Methodische Grenzen der Bewertungsverfahren	308
3.	Verzerrte Gewichtungen	309
4.	Unklare Zuschlagskriterien	309

5.	Psychologische und organisatorische Einflussfaktoren	310
6.	Fehlende Vergleichbarkeit der Angebote.....	310
7.	Unzureichende Dokumentation.....	311
8.	Strategisches Bieterverhalten.....	311
9.	Fazit.....	311
II.	Best Practices in der Wertungsphase	311
1.	Allgemeines	311
2.	Klare und konsistente Definition der Zuschlagskriterien	312
3.	Vorab-Festlegung der Bewertungsmethodik	312
4.	Einsatz von Mindestanforderungen und Schwellenwerten	312
5.	Schulung und Sensibilisierung der Bewertungskommission	313
6.	Dokumentation und Nachvollziehbarkeit.....	313
7.	Einsatz stabiler Bewertungsmethoden.....	313
8.	Konsistenz zwischen Vorbereitung und Wertung	315
9.	Verwendung von IT-gestützten Bewertungstools	316
10.	Peer-Review und Vier-Augen-Prinzip.....	316
11.	Fazit.....	316
D.	Anhang: Schaubild: Bewertungsmatrix und Gewichtung der Kriterien.....	317
Kapitel 7 Abschluss		318
A.	Zuschlagsphase.....	319
I.	Mitteilung an andere Bieter über beabsichtigten Zuschlag	319
1.	Allgemeines	319
2.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Mecklenburg-Vorpommern..	320
3.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Niedersachsen.....	320
4.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Rheinland-Pfalz.....	321
5.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Sachsen.....	322
6.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Sachsen-Anhalt	322
7.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Schleswig-Holstein	322
8.	Vorabinformations- und Wartepflicht in Thüringen.....	323
9.	Freiwillige Vorabinformations- und Wartepflicht	323
II.	Zuschlagsentscheidung durch die Vergabestelle.....	324
1.	Allgemeines	324
2.	Vorbereitung der Zuschlagsentscheidung	324
3.	Interne Entscheidungsfindung	324
4.	Formelle Zuschlagsentscheidung	325
5.	Übergang in die Vertragsphase	327
B.	Der Zuschlag und die damit verbundenen Pflichten	327
I.	Abschreiben an unterlegene Bewerber und Bieter	327
1.	Allgemeines	327
2.	Adressaten der Mitteilung	327
3.	Inhalt der Unterrichtung nach § 46 Abs. 1 Satz 1 UVgO	329
4.	Inhalt der Unterrichtung nach § 46 Abs. 1 Satz 2 UVgO	329

Inhaltsverzeichnis

5.	Weitergehende Informationspflichten auf Antrag nach § 46 Abs. 1 Satz 3 UVgO	330
II.	Mögliche Vergabebekanntmachung.	332
1.	Allgemeines	332
2.	Rahmen der Vergabebekanntmachung	333
3.	Inhalt der Vergabebekanntmachung	334
4.	Ausnahmen der Vergabebekanntmachung	334
III.	Folgen der Zuschlagserteilung.	337
1.	Allgemeines	337
2.	Zustandekommen des Vertrags.	337
3.	Aufbewahrungspflicht	339
4.	Vorabmitteilungspflicht	340
5.	Bekanntmachungspflicht	340
6.	Datenübermittlungspflicht	340
C.	Die Aufhebung des Verfahrens	341
I.	Allgemeines.	341
II.	Kein Teilnahmeantrag oder Angebot, das den Bedingungen entspricht. ...	341
III.	Wesentliche Änderung der Grundlage des Vergabeverfahrens	342
IV.	Keine Erzielung eines wirtschaftlichen Ergebnisses	344
V.	Andere schwerwiegende Gründe	345
VI.	Möglichkeit der Teilaufhebung	346
VII.	Wirksamkeit der Aufhebung	346
D.	Anhang	347
I.	Formular: Zuschlagsschreiben	347
II.	Formular: Absageschreiben	348
III.	Formular: Unterrichtung auf Verlangen eines Bieters	348
Kapitel 8 Vertragsdurchführung und nachträgliche Änderungen		351
A.	Vertragsmanagement	351
I.	Allgemeines.	351
II.	Grundelemente des Vertragsmanagements	352
III.	Verantwortlichkeiten in der Praxis	352
IV.	Risikomanagement	353
V.	Vertragsüberwachung	353
VI.	Änderungs- und Nachtragsmanagement	354
VII.	Kommunikation und Dokumentation	355
VIII.	Fazit	355
B.	Auftragsänderung	356
I.	Allgemeines.	356
II.	Wesentliche Änderungen	357
1.	Änderung von Bedingungen.	357
2.	Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichts	359
3.	Erhebliche Ausweitung des öffentlichen Auftrags	359
4.	Wechsel des Auftragnehmers	360
III.	Zulässige Änderungen	361
1.	Überprüfungsklauseln und Optionen	361

2.	Erforderlichkeit zusätzlicher Leistungen	362
3.	Erforderliche Auftragsänderungen aufgrund unvorhersehbarer Umstände.	364
4.	Ausnahmen des zulässigen Auftragnehmerwechsels	365
C.	Umgang mit Nachtragsforderungen	366
I.	Allgemeines.	366
II.	Typische Ursachen von Nachtragsforderungen	366
III.	Form und Ablauf von Nachtragsforderungen	367
IV.	Typische Konfliktfelder in der Praxis.	369
V.	Konfliktlösung	369
VI.	Dokumentationspflichten	370
Kapitel 9 Sonderregelungen		371
A.	Vergabe von Aufträgen für soziale und andere besondere Dienstleistungen.	371
I.	Allgemeines.	371
II.	Wahlfreiheit zwischen Vergabearten	372
III.	Berücksichtigung spezieller Zuschlagskriterien	373
B.	Sonderregelung zur Vergabe von freiberuflichen Leistungen	374
I.	Allgemeines.	374
II.	Freiberufliche Tätigkeiten	374
III.	Vergabe im Wettbewerb	375
IV.	Auftragsänderungen	377
C.	Vergabe von verteidigungs- oder sicherheitsspezifischen öffentlichen Aufträgen ..	377
I.	Allgemeines.	377
II.	Verteidigungs- und sicherheitsspezifische Aufträge	377
III.	Wahlfreiheit zwischen Vergabearten	379
IV.	Anforderung an den Schutz von Verschlusssachen.	379
V.	Anforderung an die Versorgungssicherheit	382
VI.	Ausschluss wegen fehlender Vertrauenswürdigkeit.	383
D.	Durchführung von Planungswettbewerben	383
I.	Allgemeines.	383
II.	Vorgaben zur Durchführung von Planungswettbewerben nach der RPW ..	384
III.	Anderweitige Vorgaben	386
Kapitel 10 Rechtsschutzmöglichkeiten.		387
A.	Kein allgemein geltendes Nachprüfungsverfahren	387
B.	Nachprüfungsverfahren der Länder	388
I.	Allgemeines.	388
II.	Hessen	389
III.	Rheinland-Pfalz	389
IV.	Sachsen	390
V.	Sachsen-Anhalt	391
VI.	Thüringen	391
C.	Allgemeiner Rechtsschutz	392
I.	Allgemeines.	392

Inhaltsverzeichnis

II.	Rechts- und Fachaufsicht	393
III.	Einstweilige Verfügung	394
	1. Verfügungsanspruch	395
	2. Verfügungsgrund	396
	3. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	397
IV.	Sekundärrechtsschutz	397
D.	Problem des Informations- und Zeitdefizits bei Bietern	398
I.	Allgemeines.	398
II.	Typische Ursachen des Informationsdefizits	399
III.	Praktische Risiken	399
IV.	Best Practices für Bewerber bzw. Bieter	400
	Stichwortverzeichnis	401